



NIEDERSCHRIFT

über die 17. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 15.03.2011,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:02

Ende: 20:58



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn ab 17.12 Uhr TOP 1 ö.S.

Franco Casella

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Klaus Eisold ab 17.17 Uhr TOP 1 ö.S.

Dr. Maximilian Ingenthron ab 17.23 Uhr TOP 1 ö.S.

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Kurt Ludwig

Günter Scharhag

Michael Scheid

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann

Wolfgang Kern



Peter Lerch

Rolf Morio

Dorothea Müller

Wilhelm Prokop

Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

ab 17.25 Uhr TOP 1 ö.S. bis 20.30 Uhr Ende ö. S.

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

Dr. Peter Leydecker

ab 17.09 Uhr TOP 1 ö.S.

Hans Volkhardt

FDP

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

ab 17.11 Uhr TOP 1 ö.S.

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Fraktionslos

Magdalena Schwarzmüller

Vorsitzender



Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch

ab 17.18 Uhr TOP 1 ö.S.

Beigeordnete

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark

(Hauptamt)

Ralf Bernhard

(Stadtbauamt)

Michael Heder

(Stadtbauamt)

Kajetan Lis

(Stadtbauamt)

Michael Götz

(Gebäudemanagement)

Stefan Joritz

(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Bernhard Eck

(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Sonstige

Joachim Arbogast

(Ortsvorsteher Mörlheim)

Rudolf Boesche

(Ortsvorsteher Wollmesheim)

Aydin Tas

(Vorsitzender Beirat Migration und Integration)

Mirko Bahm

(Leiter Pressestelle)

Carina Treitz

(Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters)

Schriftführer

Markus Geib



Entschuldigt

Bündnis 90/Die Grünen

Alexander Ellinghaus

FDP

Martin Heupel



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende bat die Mitglieder des Stadtrates sich zu einer Gedenkminute für die Opfer der Naturkatastrophen in Japan zu erheben.

Die Mitglieder des Stadtrates gedachten der Opfer des Erdbebens, des Tsunamis und der Atomreaktorkatastrophe.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Controllingberichte zur Landesgartenschau
Vorlage: 101/108/2011
3. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Objekt "Marktstraße 95/Martin-Luther-Straße 2
Vorlage: 101/109/2011
4. Ergänzung des Werksausschusses Gebäudemanagement
Vorlage: 101/110/2011
5. Änderung der Sondernutzungssatzung
Vorlage: 300/037/2011
6. Unterstützung der Klage des BUND gegen den Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau der B 10 durch Mitfinanzierung eines Gutachtens zur Analyse und Bewertung der Verkehrsuntersuchungen von 2004 und 2005 zur B 10 Landau - Pirmasens
Vorlage: 300/038/2011
7. Einrichtung einer Fachoberschule an der Konrad-Adenauer-Realschule plus in Landau in der Pfalz
Vorlage: 400/019/2011
8. Fortschreibung Nahverkehrsplan Landau / SÜW
Hier insbesondere:
Aufnahme von Anforderungen an die Qualitätssicherung im ÖPNV im Stadtverkehr Landau, sowie Regelungen zum Tariftreuegesetz und zu Dynamischen Fahrgastssystemen
Vorlage: 600/036/2011
9. Neuschnitt Linienbündel Landau und Harmonisierung der Linienlaufzeiten
Vorlage: 660/010/2011
10. Fortschreibung des Radwegekonzeptes der Stadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 610/082/2011
11. Temporäre Parkplätze im Gewerbegebiet D9
Vorlage: 660/011/2011
12. Energiebericht 2010



Vorlage: 820/039/2010

13. Modernisierung der städtischen Gebäude in der Cornichonstraße
Vorlage: 820/042/2011
14. Erhöhung Stellen im Stellenplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau,
Abteilung Bauhof
Vorlage: 860/077/2011
- 14.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Einstellung von bis zu drei Mitarbeitern beim Bauhof
Vorlage: 101/107/2011
- 14.2. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Personalsituation im städtischen Bauhof
Vorlage: 101/111/2011
15. Herstellung der Erschließung im ersten Entwicklungsabschnitt des Wohnparks am Ebenberg
Vorlage: 860/075/2011
16. Informationen Landesgartenschau
17. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Eine Bürgerin erkundigte sich, ob es die Möglichkeit gebe in Landau einen Hundeplatz einzurichten.

Der Vorsitzende bat darum, dieses Anliegen schriftlich an ihn zu richten. Er werde dann eine Prüfung veranlassen.

Herr Irion richtete zum Teil beleidigende Fragen an den Vorsitzenden, die dieser beantwortete.

Ein Bürger sprach die Situation in der Eutzinger Straße an. Dort gebe es seit Monaten bedingt durch die Arbeiten auf dem Gartenschaugelände einen stark zunehmenden KfZ-Verkehr. Das gehe soweit, dass bereits nachts ab 4.00 Uhr große LkW's durch die Straße fahren. Ihn interessiere, wie lange dieser für die Anwohner sehr belastende Zustand, noch dauern werde. Die Straße habe mittlerweile den Zustand einer Durchgangsstraße angenommen. Gehe das nun die nächsten vier Jahre bis zur Landesgartenschau so weiter und was passiere nach 2014?

Der Vorsitzende stellte zunächst fest, dass die Eutzinger Straße keine Anliegerstraße, sondern eine ganz normale Straße sei. Auch nach der Landesgartenschau müssten die dann entstandenen Sport- und Freizeitmöglichkeiten angefahren werden. Die Situation werde sich dann entspannen, wenn die Süderschließung gebaut sei. Er gehe davon aus, dass dies Ende 2013 der Fall sein werde. Für die aktuellen Maßnahmen auf dem Gartenschaugelände werde das die Anwohner sicher nicht entlasten. Er wisse, dass die Bürger dort im Moment in besonderer Weise belastet seien. Wegen der anstehenden Straßenbaumaßnahmen könne man den Verkehr nicht über die Friedrich-Ebert-Straße und Cornichonstraße lenken. Im Moment seien es im Schnitt täglich 65 LkW's die durch die Eutzinger Straße an- und abfahren. Dies müssten die Anwohner im Moment ertragen und lasse sich nicht vermeiden. Bis Ende März bleibe es bei 65 Fahrten am Tag, ab dann werden es noch ca. 30 Fahrten am Tag sein. Die Verwaltung habe angewiesen, dass die LkW's langsamer als die vorgeschriebenen 30 kmh fahren sollen und dass die Straße täglich gereinigt werde.

Beigeordneter Klemm ergänzte, dass das Holzlager des Forstamtes auf diesem Gelände im Zuge der Landesgartenschau in ein bis eineinhalb Jahren weg komme.

Herr Dr. Strack wollte wissen, ob es eine Alternative wäre mit dem Betrag, den die Sparkasse für Kunstobjekte zur Verfügung stelle, am 7. Mai in München mehrere Skulpturen des Künstlers Michael Croissant zu erwerben. Verwenden könne man doch auch das Überschussgeld der Sparkasse. Dies wäre aus seiner Sicht eine künstlerische Bereicherung der Landesgartenschau.

Der Vorsitzende stellte fest, dass es kein Überschussgeld der Sparkasse gebe, das zur Verfügung steht. Es gebe eine Stiftung der Sparkasse, die eine Satzung habe. Die Gelder dieser Stiftung würden satzungsgemäß verwendet. Bisher habe die Stadt für Möblierungen kein Geld ausgegeben. Alle aufgestellten Kunstwerke seien von der Kunststiftung aufgestellt wie beispielsweise am Obertorplatz. Es gebe eine weitere Initiative der Thomas-Nast-Stiftung, auf dem Untertorplatz einen Brunnen zu errichten. Mehr sei ihm derzeit nicht bekannt.

Herr Dr. Strack ergänzte, dass es darum gehe nicht die Chance zu verpassen, Werke berühmter Landauer Künstler zu erwerben. Es sei auch die Frage, ob man nicht ein Fachgremium einrichten könnte, das sich mit möglichen Ankäufen von Kunstwerken befasst.

Der Vorsitzende stellte klar, dass es hier nicht um den persönlichen Geschmack des Oberbürgermeisters gehe. Der Obertorplatz werde schon seit über 20 Jahren vom Kunstverein bestückt. Dies sei eine private Initiative von Landauer Bürgern, die auch diese Pokorny-Plastik erworben hätten.





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Controllingberichte zur Landesgartenschau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 11. Februar 2011, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Morio begründete den Antrag. In den kommenden 3 Jahren werde man in die Landesgartenschau insgesamt rund 37 Millionen Euro investieren. Dies sei eine große Herausforderung für die Verwaltung und den Rat. Ohne lange Beratungszeiten müssten fortlaufend wichtige Entscheidungen getroffen werden. Um zu gewährleisten, dass die Investitionssumme nicht überschritten werde, sei ein gutes Controlling notwendig. Der Stadtrat sollte auf regelmäßige Controllingberichte bestehen. So könne der Rat dann die Kosten und den Ablauf kontrollieren. In den Controllingberichten gehe es um die mittelbaren und die unmittelbaren Investitionen zur oder im Zusammenhang mit der Landesgartenschau. Der Stadtrat sollte den Mut aufbringen, dies von der Verwaltung einzufordern. Über den Zeitrahmen könne man dabei noch reden. Dies müsse nicht monatlich sein, sondern könnte auch quartalsweise erfolgen.

Der Vorsitzende erwiderte, dass dies keinen Mut erfordere. Dies sei das gute Recht des Rates. Im Gesellschaftsvertrag der Landesgartenschau sei ein vierteljährlicher Bericht über den Vollzug des Wirtschaftsplanes und eine Prognose für die weitere wirtschaftliche Entwicklung vorgeschrieben. Im gleichen Zyklus könne man auch im Stadtrat berichten und zwar immer in der der Aufsichtsratsitzung folgenden Stadtratssitzung. Ein monatlicher Bericht sei allein schon aus personellen Gründen nicht leistbar.

Ratsmitglied Dr. Migl unterstützte den Antrag der CDU-Fraktion. Wichtig sei, dass der Bericht auch in öffentlicher Sitzung erfolge um die nötige Transparenz zu schaffen.

Ratsmitglied Schröer erklärte, dass die Grünen diesen Antrag ebenfalls inhaltlich unterstützen würden. Allerdings sei man der Meinung, dass dies vierteljährlich ausreichend wäre. Dies wäre in jedem Fall wirtschaftlicher, da ansonsten zu viele wichtige Kapazitäten gebunden würden.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dass der Oberbürgermeister dem Stadtrat in der jeweils der Sitzung des Aufsichtsrates der Landesgartenschau 2014 folgenden Stadtratssitzung Controllingberichte vorlegt, aus denen sich die Einhaltung des Zeit- und Kostenplanes für die einzelnen Teilobjekte der Landesgartenschau ergeben. Die Berichte haben sich auf den Investitionshaushalt und den Durchführungshaushalt zu beziehen. Die Berichte haben insbesondere zu enthalten:

- **Darstellung und Kommentierung der Abweichung von den Haushaltsplänen**
- **Plan-/Ist-Vergleich der wesentlichen Kosten und Erlöspositionen**
- **Regelmäßige Hochrechnung des Gesamtergebnisses mit einem Vergleich zum ursprünglichen Plan**
- **Nicht geplante/budgetierte Kosten sind als zusätzliche Kosten auszuweisen und gesondert zu kommentieren.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Objekt "Marktstraße 95/Martin-Luther-Straße 2"

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 18. Februar 2011, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Eichhorn begründete den Antrag. Er erinnerte daran, dass der erste diesbezügliche Antrag der CDU zwei Jahre zurückliege. Damals sei dann ein renommierter Fachanwalt eingeschaltet worden, der dann zu dieser Problematik im Bauausschuss berichtet habe. Dieser habe drei gangbare Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt. Zum einen die Erstellung eines Bebauungsplanes, zum anderen ein Baugebot gemäß § 176 des Baugesetzbuches und schließlich das Modernisierungs- und Instandsetzungsgebot nach § 177 des Baugesetzbuches. Nach Ansicht des Fachanwaltes sollte man die dritte Möglichkeit vergessen, da dies bei der Durchsetzung große Probleme bereiten würde. Somit bleibe nur das Baugebot mit vorheriger Erstellung eines Bebauungsplanes. Es gebe eine gesetzliche Einschränkung, dass die Stadt von einem Baugebot abzusehen habe, wenn dies für den Eigentümer nicht zumutbar sei. Angesichts der gezahlten Fördergelder an die ehemalige Eigentümerin bzw. ihren Rechtsnachfolger könne er hier aber keine Unzumutbarkeit erkennen. Seit den Darstellungen durch den Fachanwalt im Bauausschuss sei nun ein weiteres Jahr ungenutzt verstrichen. Seine Nachfrage im Bauausschuss sei mit Achselzucken beantwortet worden. Man sollte nun endlich den Weg über den Bebauungsplan und das Baugebot gehen und diese am ehesten erfolversprechende Chance nicht verstreichen lassen. Daher sollte schleunigst mit der Erstellung eines kleinflächigen Bebauungsplanes Martin-Luther-Straße/Ecke Marktstraße begonnen werden. Der Zweck heilige hier die Mittel.

Der Vorsitzende erwiderte, dass hier Dinge öffentlich behauptet würden, die vermutlich rechtlich ins Leere gehen. Das werde dazu führen, dass der Bebauungsplan, der zu diesem Zwecke erstellt werde, rechtlich angegangen werde. Von einem vernünftigen Miteinander könne hier ja nicht die Rede sein. Die Dinge seien ja schon viel länger im Fluss und nicht erst seit 3 Jahren. Es habe eine Vereinbarung gegeben, ein Verkehrswertgutachten zu erstellen. Dies sei auch schon auf dem Weg gewesen. Ein Artikel der CDU-Fraktion in der Presse habe dann dazu geführt, dass dem Gutachter der Zutritt verweigert worden sei. Die CDU habe mit den öffentlichen Aktionen eher kontraproduktiv gewirkt. Es sei eben nicht so, dass man um das betreffende Anwesen herum zwei oder drei Grundstücke für einen Bebauungsplan hinzunehme. Man müsste dann das gesamte Gebiet Obere Marktstraße/Martin-Luther-Straße hinzunehmen.

Der Vorwurf, dass seit den Beratungen im Bauausschuss nichts geschehen sei, stimme einfach nicht. Es habe im vergangenen Jahr 4 bis 5 Gespräche mit möglichen Investoren gegeben. Die Gespräche seien aber alle fruchtlos und destruktiv verlaufen, so dass man hier nicht weiter gekommen sei. Er wisse schon, dass dies für die Öffentlichkeit nicht nachvollziehbar sei, dass Eigentümer ihrer offensichtlichen Pflicht nicht nachkommen.

Falsch dargestellt worden sei in der Öffentlichkeit, die Höhe der gezahlten Fördergelder.

Herr Joritz bestätigte, dass ein solch kleinflächiger Bebauungsplan ganz klar als Verhinderungsplanung zu sehen und damit rechtlich angreifbar wäre.

Herr Messemer ergänzte, dass 1996 ein Finanzierungs- und Darlehensvertrag mit der damaligen Eigentümerin geschlossen worden sei. Dieser Betrag sei danach nochmals auf einen Förderbetrag von 780.000 DM ergänzt und angepasst worden. In solchen Gebieten würden Darlehen gewährt zur Deckung unrentierlicher Kosten. Es sei dies eine Kombination aus Darlehen und direkte Förderung gewesen. Selbstverständlich seien in dem Vertrag die Zahlungen an den entsprechenden Baufortschritt geknüpft worden. Bis Anfang 2000 seien dann auch verschiedene Baumaßnahmen gelaufen. Danach sei dann nichts mehr gelaufen, was dazu geführt habe, dass die Stadt im Jahr 2003 die Verträge gekündigt habe. Bis dahin seien aufgrund des Baufortschrittes 94.000 Euro als Fördergelder ausgezahlt und 121.000 Euro als Darlehen gewährt worden. Die Beträge seien zurückgefordert worden, bezüglich der Darlehen sei auch ein Titel erwirkt worden.



Ratsmitglied Dr. Kopf erinnerte daran, dass die SPD schon vor 10 Jahren die rechtlichen Möglichkeiten aufgezeigt habe. Wenn man damals schon den jetzt öffentlich diskutierten Weg gegangen wäre, wäre man vielleicht schon einen Schritt weiter. Er unterstelle der CDU-Fraktion keine unlauteren Interessen. Es sei nachvollziehbar, das Thema aufzugreifen. Jedoch sei es in dieser Form nicht hilfreich. In diesem Fall sei guter Rat teuer. Im Prinzip sei das, was öffentlich diskutiert werde, ein Weg zur Legalenteignung. Das Problem sei, dass im deutschen Recht das Eigentum sehr hoch angesiedelt sei.

Ratsmitglied Dr. Migl fand es gut, dass klargestellt wurde dass es nicht um die in der Zeitung genannten Summen gehe. Sie empfinde es aber als verwunderlich, dass diese Zahlen nicht gleich von der städtischen Seite korrigiert worden seien. Sie habe die Frage, ob es ein Angebot des Eigentümers an die Stadt gebe das Objekt zu kaufen. Insgesamt sei dies eine sehr schwierige Materie, die man ihrer Meinung nach im Hauptausschuss eingehender beraten sollte.

Der Vorsitzende teilte mit, dass es ein Kaufangebot an die Stadt für 1,75 Millionen Euro gegeben habe. Diesen überhöhten Preis habe er abgelehnt, da er nicht dem Wert des Gebäudes entspreche. Mit öffentlichem Druck werde man hier nicht weiterkommen.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Auffassung, dass es sinnvoll sein könnte für einen größeren Bereich einen Bebauungsplan zu machen. Dann könnte man den Vorwurf einer Verhinderungsstrategie entkräften. Sie finde, dass ein Bebauungsplan eine klare Sache sei. Da hätten dann die Bürger auch Mitspracherecht.

Ratsmitglied Eichhorn stellte klar, dass die öffentlich dargestellten Zahlen nicht von der CDU kämen. Er verwahre sich auch gegen die Darstellung, dass wegen dieser öffentlichen Debatte von Seiten der CDU nichts gehe. Die Zielsetzung und Kommunikation mit den Eigentümern sei schon viele Jahre kaputt. Dass ein Bebauungsplan nicht einen Einzelfall regeln könne, sei klar. Nach Aussage des Fachanwaltes würden aber zwei bis drei weitere Grundstücke für einen rechtsbeständigen Bebauungsplan reichen. Es sei richtig, dass Eigentum geschützt sei, aber Eigentum verpflichte auch.

Herr Heder entgegnete, dass in der Weise wie hier öffentliche Strategien diskutiert würden, alle Möglichkeiten quasi hinüber seien. Es reiche eben mit zwei oder drei Grundstücken nicht aus. Man müsse schon ganze Stadtgebiete nehmen und für diese allgemein gültige Ziele entwickeln.

Ratsmitglied Ludwig erwiderte auf die Ausführungen von Herrn Eichhorn, dass er schon vor über 10 Jahren den damaligen Oberbürgermeister auf die Eigentumsverpflichtung hingewiesen habe. Geschehen sei nichts. Hätte der frühere Oberbürgermeister was gemacht, wäre man heute vielleicht schon weiter.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass man sich doch im Grunde einig sei, dass dies der Schandfleck in der Innenstadt sei. Klar sei aber auch, dass es keine private Einigung mehr geben werde. Wenn man der Meinung sei, dass man hier einen Bebauungsplan machen sollte, dann müsse das ein privates Büro machen, da es das Bauamt nicht schaffe.

Ratsmitglied Freiermuth schlug vor, das ganze im Bauausschuss noch mal zu thematisieren. Es sei doch nicht Sinn der Sache sich hier den Schwarzen Peter hin und her zu schieben. Man wolle doch versuchen, das Problem zu lösen und das gehe nur gemeinsam.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 18. Februar 2011 zum Sanierungsobjekt „Marktstraße 95/Martin-Luther-Straße 2“ wird zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Landespflege verwiesen.





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Ergänzung des Werksausschusses Gebäudemanagement

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 2. März 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt Herrn Alexander Henrich als Beschäftigtenvertreter mit beratender Stimme und Herrn Kurt-Willi Foltz als Vertreter in den Werksausschuss Gebäudemanagement.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Änderung der Sondernutzungssatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 7. Februar 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den als Anlage beigefügten Entwurf einer Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen (Sondernutzungssatzung).



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Unterstützung der Klage des BUND gegen den Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau der B 10 durch Mitfinanzierung eines Gutachtens zur Analyse und Bewertung der Verkehrsuntersuchungen von 2004 und 2005 zur B 10 Landau - Pirmasens

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 8. Februar 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Es sei eine gute Sitzung des Ältestenrates gewesen. Es sei dort noch mal verdeutlicht worden, dass eine Klage der Stadt nicht erfolgversprechend gewesen wäre. Dies sei auch von den Bürgerinitiativen so anerkannt worden. Nun habe man sich auf diesen, heute zur Abstimmung stehenden Vorschlag verständigt. Zudem habe man den anstehenden Grundstücksverkauf an den Landesbetrieb Mobilität an den Ausgang des Klageverfahrens gekoppelt. Er halte dies für eine gute Einigung und bitte um Zustimmung des Rates.

Ratsmitglied Dr. Bals erklärte, dass die CDU-Stadtratsfraktion den Beschlussvorschlag befürworte. Nachdem klar gewesen sei, dass ein Klageverfahren keinen Erfolg haben würde, könne man sich mit diesem Mittelweg gut arrangieren. Es sei jedenfalls besser als gar nichts zu machen. Dies sei auch nach außen hin ein Zeichen, dass die Stadt Landau nach wie vor vehement gegen den Ausbau der B 10 sei. Die Bedenken einiger, dass der BUND jetzt das Geld bekomme sollte man zurückstellen. Wichtig sei, dass Prozedere jetzt in den Dienst der Sache zu stellen.

Ratsmitglied Dr. Kopf begrüßte, dass jetzt diese Lösung gefunden worden sei. Die Gespräche im Ältestenrat seien gut und sehr konstruktiv gewesen. Schon immer seien die SPD und die SPD-Stadtratsfraktion gegen den vierspurigen Ausbau der B 10 gewesen. Daher sei es ein gerader Weg, es so zu machen wie es jetzt vorgeschlagen sei.

Ratsmitglied Schröder schloss sich den Ausführungen von Herrn Dr. Kopf an. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen würden die Vorlage ebenfalls begrüßen, zumal das ganze auf eine Initiative der Grünen zurückzuführen sei. Man sei dafür als Umfaller bezeichnet worden, was man aber definitiv nicht sei. Sie bedanke sich ausdrücklich bei allen Fraktionen, die diesen Weg mitgegangen seien.

Ratsmitglied Volkhardt unterstrich, dass die FWG ihre Grundhaltung zum Ausbau der B 10 schon mehrfach dargelegt habe. Die FWG-Stadtratsfraktion lehne die Sitzungsvorlage ab. Er halte es für eine abenteuerliche Begründung, einen Nutzen des Gutachtens auch für die städtischen Planungen zu sehen. Dies widerspreche dem Haushaltsgrundsatz der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit. Ein Gutachten auf Halte zu legen sei für die FWG nicht akzeptabel. Er prophezeie jetzt schon, dass dieses Gutachten in der Schublade des Oberbürgermeisters verschwinden werde. Dies hier sei zweifelsfrei eine freiwillige Leistung, die nach der Haushaltsgenehmigung der ADD nicht zulässig sei. Dieser Beschluss müsste daher von der ADD beanstandet werden. Der Oberbürgermeister habe die Pflicht, den Beschluss auszusetzen, da er rechtswidrig sei. Er kündige schon heute an, dass die FWG dem nächsten Nachtragshaushalt nicht zustimmen werde, wenn dieser Betrag darin enthalten sei.

Ratsmitglied Silbernagel wies daraufhin, dass diese Vorlage nicht in die Haushaltslage der Stadt passe. Um den BUND finanziell unterstützen zu können, werde hier ein Exempel statuiert, dass sich am Rande der Legalität bewege. Ein solches Vorgehen könne die FDP nicht gutheißen. Dieser Vorgang sei ein Schlag ins Gesicht solider Haushaltspolitik. Die von der ADD gelobte Transparenz des Haushalts werde mit dieser Sitzungsvorlage mit Füßen getreten und sei ein Taschenspielertrick. Ein solches Vorgehen dürfe keine Schule machen. Die FDP-Stadtratsfraktion lehne diese Vorlage ab und behalte sich ebenfalls vor, den Nachtragshaushalt abzulehnen.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die UBFL-Stadtratsfraktion die Klage des BUND unterstütze und folglich auch der Sitzungsvorlage zustimmen werde. Da die FDP ja den Ausbau der B 10 wolle, könne sie die Argumentation aus deren Sicht nachvollziehen. Für die FDP sei es daher die logische Konsequenz die Vorlage abzulehnen. Sie selbst sei aber anderer Meinung. Aus ihrer Sicht sei der



Beschluss nicht rechtswidrig. Den ausgehandelten Kompromiss halte sie für eine sinnvolle Unterstützung der Klage.

Der Vorsitzende räumte ein, dass dies sicher nicht die reine politische Linie sei. Aber dieser Kompromiss und diese Vorlage würden der politischen Befriedung dienen. Man habe einen gemeinsamen Weg gesucht, wie man diese Ablehnung des Ausbaus der B 10 weiter unterstützen könne, nachdem klar sei dass man selbst keine Klagemöglichkeit habe. Man unterstütze mit diesem Betrag nicht den BUND, sondern ein Gutachten das eine Klage unterstützen soll. Es sei dies ein Kompromiss, den man gemeinsam gefunden habe und den er ausdrücklich mittrage.

Ratsmitglied Kautzmann gab eine persönliche Erklärung ab. Er sei persönlich sehr gegen den vierspurigen Ausbau der B 10. Deshalb sei es ihm auch ein inneres Anliegen die Bürgerinitiativen zu unterstützen. Er erkläre ausdrücklich, dass er damit nicht den BUND unterstütze. Der BUND sei quasi der Mittler, um dieses Problem zu lösen. Er gehe aber auch von einer Transparenz aus, in dem mitgeteilt werde welches Gutachten man zu welchem Preis unterstützt habe. Solange für die Tunnels bei Annweiler keine Lösung gefunden sei, wolle er und wolle die CDU diesen Ausbau nicht. Was passiere, wenn es für Annweiler eine Lösung gebe müsse man dann neu besprechen. Wer meine, hier mit dem Kopf durch die Wand zu müssen, werde sich täuschen. Stuttgart 21 lasse grüßen.

Ratsmitglied Eichhorn erklärte, dass er dieser Sitzungsvorlage nicht zustimmen könne, obwohl er gegen den Ausbau der B 10 gestimmt habe. Er habe ein Problem damit, dass der BUND dieses Geld bekomme. Der BUND agiere hier in dieser Region und mache pseudopolitische Dinge. Dem könne er nicht zustimmen, da er es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne. Er lasse sich vor diesen Karren nicht spannen.

Ratsmitglied Heuberger wäre es auch lieber, wenn man die Bürgerinitiativen unterstützen könne. Mit dem BUND habe er auch ein Problem. Er würde aber auch gerne wissen, ob diese Entscheidung von Seiten der ADD angreifbar sei.

Der Vorsitzende bestätigte, dass die ADD dies als freiwillige Leistung sehe. Allerdings habe die ADD auch signalisiert, dass sie nichts unternehmen werde wenn der Beschluss nicht ausgesetzt werde. Und er stelle klar, dass er den Beschluss nicht aussetzen werde.

Ratsmitglied Kern teilte mit, dass er die Vorlage ebenfalls ablehne, aber aus anderen Gründen. Es sei ja bekannt, dass er für den Ausbau der B 10 sei. Daher könne er keine Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss unterstützen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 33 Ja- und 10 Nein-Stimmen:

Die Stadt Landau beteiligt sich bis zu einem Höchstbetrag von 10.000,- € an den ungedeckten Kosten für die Erstellung des vom BUND in Auftrag gegebenen Gutachtens „Analyse und Bewertung der Verkehrsuntersuchungen von 2004 und 2005 zur B 10 Landau – Pirmasens“ der „RegioConsult. Verkehrs- und Umweltmanagement. Wulf Hahn & Dr. Ralf Hoppe GbR“.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Einrichtung einer Fachoberschule an der Konrad-Adenauer-Realschule plus in Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 3. Februar 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Die Schulstrukturreform in Landau sei mit breiter Mehrheit mitgetragen worden. Es sei dabei nicht absehbar gewesen, wie der Zuspruch zu den neuen Schulformen sein werde. Letztlich sei der Kurs der Stadt aber deutlich bestätigt worden. Dies sei auch einem außergewöhnlich hohen Engagement der Lehrerschaft, der Schüler und der Eltern zu verdanken. Die Realschule plus werde sehr gut angenommen. Von daher sei die Einrichtung einer Fachoberschule nun nur konsequent und richtig. Damit werde das Schulangebot komplettiert.

Ratsmitglied Ludwig erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion der Einrichtung der Fachoberschule zustimmen werde. Für diese Konzeption spreche insbesondere die Öffnung der Konrad-Adenauer-Realschule nach außen. Sie sei nun Campusschule geworden und damit eng mit der Universität verbunden. Weiter spreche für die KARS die enge Verbindung zur Wirtschaft. Dies ermögliche einen praxisorientierten Unterricht. Was sich in Zukunft verbessern müsse, sei die Abstimmung mit dem Kreis. Letztlich spreche auch die Orientierungsstufe mit dem längeren gemeinsamen Lernen für die Realschule plus.

Ratsmitglied Müller betonte, dass mittelfristig die Konrad-Adenauer-Realschule plus wohl die einzige staatliche Realschule in Landau sein werde. Die Einrichtung einer Fachoberschule mit dem Schwerpunkt Technische Informatik komplettiere nun das Schulangebot in der Stadt. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Herdel begrüßte für die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion die Errichtung einer Fachoberschule. Positiv sei hier vor allem die enge Verzahnung von Theorie und Praxis. Man finde es weiter gut, dass zwischen der Berufsbildenden Schule und der Konrad-Adenauer-Realschule eine Kooperation gefunden worden sei. Diese Fachoberschule werde eine Bereicherung für den Schulstandort Landau sein und das Angebot komplettieren. Zu wünschen sei, dass in der Orientierungsstufe auf eine individuelle Förderung geachtet werde. Die Fraktion Bündnis 90/DieGrünen stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Freiermuth machte deutlich, dass sich die FWG-Stadtratsfraktion anfangs mit einer Entscheidung schwer getan habe. Zwischenzeitlich gebe es ja aus Mainz eine andere schulpolitische Richtung hin zur Realschule plus. Er sei der Meinung, dass man nun hier mit der Fachoberschule Technik eine gute und sinnvolle Lösung gefunden habe. In Landau könne man auf die Kooperation mit der Berufsbildenden Schule bauen, für den Kreis werde es ungleich schwieriger. Die Lehrer an der Konrad-Adenauer-Realschule seien überaus engagiert, was man sehr begrüße. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Errichtung der Fachoberschule zu, zumal man damit Landau als Schulstadt stärke.

Ratsmitglied Silbernagel sah die Errichtung einer Fachoberschule ebenfalls positiv. Der Schwerpunkt Technik und Informatik sei zukunftssicher. Es sei dies ein richtiger Schritt in die Zukunft. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass sie die Errichtung der Fachoberschule Technik und Informatik ebenfalls begrüße. Auch die UBFL-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage gerne zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

für die Konrad-Adenauer-Realschule plus einen Antrag auf Errichtung einer Fachoberschule zum Schuljahr 2012/2013 zu stellen und dabei die Fachrichtung Technik mit dem Schwerpunkt Technische Informatik (zwei Züge; d.h. ca. 40 Schülerinnen und Schüler) zu beantragen.

Stadt Landau in der Pfalz





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Fortschreibung Nahverkehrsplan Landau / SÜW

Hier insbesondere:

Aufnahme von Anforderungen an die Qualitätssicherung im ÖPNV im Stadtverkehr Landau, sowie Regelungen zum Tariftreuegesetz und zu Dynamischen Fahrgastsystemen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 7. Februar 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es gehe hier um Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung im Rheinland-Pfalz-Takt im Rahmen des VRN.

Ratsmitglied Eichhorn hatte eine Verständnisfrage, die von Herrn Bernhard erläutert wurde.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Festsetzungen des von der Versammlung des Zweckverbands Verkehrsverbund Rhein-Neckar beschlossenen GEMEINSAMEN NAHVERKEHRSPLANES für den Verkehrsverbund Rhein-Neckar sind in ihrer jeweils geltenden Fassung Gegenstand dieses Nahverkehrsplanes, soweit der Nahverkehrsplan keine abweichenden Detailfestlegungen trifft.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Neuschnitt Linienbündel Landau und Harmonisierung der Linienlaufzeiten

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 14. Februar 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1.
in Abstimmung mit den benachbarten Aufgabenträgern und dem VRN die Neuordnung der Linien 521, 528 (aus dem Bündel Landau in das Bündel Queichtal) und 555 (aus dem Bündel Landau in das Bündel Germersheim). Die Änderung findet Eingang in den Nahverkehrsplan Landau/SÜW.

2.
die Harmonisierung sämtlicher Linien in Linienbündeln, von denen die Stadt Landau betroffen ist, auf den sich an die jeweils längstlaufende Linie anschließenden Sommer- bzw. Winterfahrplanwechsel. Die Änderung findet Eingang in den Nahverkehrsplan Landau/SÜW.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Fortschreibung des Radwegekonzeptes der Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 3. Februar 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Kopf hielt es für sinnvoll, ein Radwegekonzept zu entwickeln. Ein geschlossenes Konzept in dieser Form habe es bisher in Landau noch nicht gegeben. Wichtig werde es in Zukunft sein, dieses Konzept in Details fortzuentwickeln.

Viele Menschen in Landau würden dieses Konzept gar nicht kennen. Daher müsse es auch nach außen getragen und bekannt gemacht werden. Für die SPD sei insbesondere die Radspur in der Dammühlstraße wichtig gewesen. Zukünftig werde sicherlich das Thema Fahrradverkehr im Südring wichtig werden. Die Neugestaltung des Südrings werde auch hier eine Verbesserung bringen können. Dies wäre auch für die Studierenden ein wichtiger Aspekt. Auch in Mörzheim könnte man im Zuge der Neugestaltung der Brühlstraße die Lücke zum kurz vor dem Ort endenden Radweg schließen. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Hott stellte positiv fest, dass sich in den letzten Jahren für die Radfahrer einiges getan habe. Wo immer man die Möglichkeit habe, sollte man in jedem Fall eine Fahrradspur ausweisen. Hier sei die Annweiler Straße auch so ein Beispiel. Er rege an, mal mit dem ASTA eine Radtour zu machen, um zu zeigen wie gut ausgebaut mittlerweile das Radwegenetz in Landau sei. Auch die Fußgängerzone habe sich im großen und ganzen bewährt. Seiner Meinung nach werde die Brücke zur Schließung der Ost-West-Verbindung in jedem Fall gebraucht. Landau sei eine fahrradfreundliche Stadt. Die CDU-Stadtratsfraktion werde der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Brunner erklärte, dass sich die Grünen über jede Maßnahme freuen würden die für den Radverkehr umgesetzt werde. Sehr positiv sei, dass dieses hier vorliegende Konzept direkt umgesetzt werden könne. Auch die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen stimmten der Vorlage zu.

Ratsmitglied Volkhardt begrüßte die Entwicklung Landaus zu einer fahrradfreundlichen Stadt. Die FWG begrüße ausdrücklich den Vorschlag von Herrn Dr. Kopf den Fahrradweg an der Brühlstraße zu erweitern. Das Ziel eines gleichberechtigten Nebeneinanders der einzelnen Verkehre sei zwar wünschenswert, werde aber auch immer wieder an seine Grenzen stoßen. Er teile aber nicht die Auffassung, dass die Freigabe des Fahrradverkehrs in der Fußgängerzone der richtige Weg gewesen sei. Diese Entscheidung sei vom Oberbürgermeister im Alleingang ohne Beteiligung der Gremien getroffen worden. Er beantrage daher, diese Freigabe der Fußgängerzone nochmals in den Gremien zu beraten. Sinnvoll sei sicherlich auch eine einheitliche Beschilderung und auch die neue Brücke werde zum Lückenschluss der Ost-West-Achse gebraucht. Die FWG-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage zustimmen.

Ratsmitglied Silbernagel stellte fest, dass der Radverkehr in einer Stadt wie Landau einfach dazugehöre. Es liege daher in der Natur der Dinge, ein einheitliches Radwegekonzept zu erstellen. Er sei der Meinung, dass dieses Radwegekonzept ein großer Schritt in die richtige Richtung sei. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Marquardt wunderte sich, wie leicht der Stadtrat über diese Vorlage hinweggehe. Er vermisse bei dieser Vorlage die Transparenz hinsichtlich der Kosten und der finanziellen Auswirkungen. Offenbar interessiere es niemanden, dass diese geplante Brücke 1,7 Millionen Euro koste. Er denke, dass die Kosten dieser Brücke in der Vorlage enthalten sein müssten. Was das Radwegekonzept an sich angehe, sei die UBFL durchaus davon überzeugt, was hier geleistet worden sei. Einen Nachholbedarf sehe man noch in der Rheinstraße, wo man sich hätte mehr Gedanken machen müssen. Die Brücke sei der Grund, dass die UBFL-Stadtratsfraktion der Vorlage nicht zustimme.



Der Vorsitzende machte deutlich, dass hier nicht über die Brücke beschlossen werde. Dies sei eine Maßnahme, über die zu gegebener Zeit gesondert abgestimmt werde.

Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer heiße im übrigen nicht, alles machen zu dürfen. Dies heiße, dass sich jeder an die Regeln halten müsse. Insgesamt aber sei Landau eine sichere Stadt für Radfahrer. Dies mache die jährliche Unfallstatistik deutlich.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

die Fortschreibung des Radwegekonzeptes der Stadt Landau in der Fassung vom 28.01.2011 entsprechend der Anlage 2.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Temporäre Parkplätze im Gewerbegebiet D9

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 17. Februar 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass die UBFL-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage nicht zustimmen werde. Die Kosten für diesen provisorischen Parkplatz seien zu hoch. Zudem sei die Sache ja schon beschlossen und durchgeführt, so dass man hier eigentlich nicht mehr beschließen müsse. Er halte dies für einen Verfahrensfehler.

Herr Messemer erwiderte, dass diese Maßnahme habe schnell umgesetzt werden müssen. Die Wirtschaftswoche habe am 12. März begonnen und dafür seien die Parkplätze dringend erforderlich. Im Moment höre man nichts, die Situation sei vor Ort sehr gut. Dies rechtfertige diese Maßnahme.

Ratsmitglied Dr. Kopf begrüßte für die SPD-Stadtratsfraktion ausdrücklich, dass diese Maßnahme umgesetzt wurde. Er erinnerte daran, dass es für die Gewerbetreibenden ein ganz wichtiges Anliegen gewesen sei, dass die Parkplatzsituation entspannt werde. Dies sei im gemeinsamen Gespräch mit den Fraktionen deutlich geworden. Gerade im Hinblick auf die Landesgartenschau müsse man solche Projekte mit den Bürgern und den Gewerbetreibenden gemeinsam umsetzen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

- 1. Die Auftragsvergabe auf Grundlage des vorliegenden Angebotes der Fa. Gerst vom 14.02.2011 zur Herstellung der wassergebundenen Deckschicht auf der aufgefüllten Gewerbefläche mit Mineralgemisch Natursteinmaterial 0/32, d =10 cm.**
- 2. Die Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln in Höhe von 37.000 € (brutto) im Produktkonto 5470.52338**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Energiebericht 2010

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 22. November 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Herr Kasprzyk stellte den Energiebericht vor. Im Vergleich zu den Energiekosten im Jahr 2002 habe man bedingt durch die verschiedenen Maßnahmen eine jährliche Einsparung von 640.000 Euro erreicht. Wenn man dazu noch die gesamten Ausgaben in energierelevante Maßnahmen von 6,3 Millionen Euro sehe, dann könne man davon ausgehen, dass sich die Investitionen in 20 Jahren amortisiert hätten.

Die Verbrauchseinsparungen seien hauptsächlich im Bereich der Wärme mit 33 % erreicht worden, bei Strom und Wasser sei es weniger. Hier habe man auch einen höheren Verbrauch durch die Ganztagschulen. Die Haupteinsparungen ergäben sich bei den Schulen. Man habe aber immer noch ein offenes Einsparpotential von 400.000 Euro hauptsächlich bei der BBS. Deutlich gestiegen sei der Anteil an Biomasse. Hier profitiere man davon, dass es von 2005 bis 2010 keine Preissteigerung bei der Biomasse gegeben habe. Durch die verschiedenen Maßnahmen habe man die CO²-Emissionen um 37 % vermindern können. Die nächste Aufgabe sei die Umsetzung des Ziel „energieeffiziente Stadt Landau“. Wenn man das Ziel von 40 % geringere CO²-Emissionen erreichen wolle, müsse bis zum Jahr 2020 noch 20% eingespart werden. Dies könne letztlich nur mit erneuerbaren Energien erreicht werden. Zur Verbesserung der Bilanz müsste man die Hälfte der Gebäude in Landau auf 5 Liter-Standard bringen.

Ratsmitglied Scharhag sprach von einem beeindruckenden Bericht, der hier vorgelegt werde. Er begrüße es ausdrücklich, dass im Gebäudemanagement ein gesamtheitliches Energiekonzept erstellt werde. Dadurch werde die Weiterführung des Konzepts „Energieeffiziente Stadt“ vorangebracht. Durch die hier erbrachten Leistungen sei die Lebensqualität in Landau gestiegen. Der hier vorgelegte Ergebnisbericht sei sehr eindrucksvoll. Die SPD-Stadtratsfraktion ermuntere dazu, dies im Interesse der Stadt so weiterzuführen. Der Sitzungsvorlage werde man gerne zustimmen.

Ratsmitglied Kautzmann war der Auffassung, dass die Entscheidung des Jahres 2002 einen Energieberater zu installieren und das Thema offensiv anzugehen ein historisch richtiger Schritt gewesen sei. Mit Herrn Kasprzyk habe man den richtigen Mann für diese Aufgabe gefunden. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Schröer erklärte, dass der vorliegende Energiebericht zeige, dass sich Investitionen in erneuerbare Energien bezahlt machen würden. Es liege noch ein langer Weg vor der Stadt Landau. Durch Wärmedämmung und Wärmeverbünde seien nachhaltige Einsparungen im Bereich Wärme erreicht worden. Dagegen gebe es nur eine geringfügige Minimierung bei der Stromersparnis. Hieraus ergeben sich für die Grünen einige Forderungen. So seien die Einsparpotenziale bei Strom festzustellen und umzusetzen. Der schon auf den Weg gebrachte Ausbau erneuerbarer Energien müsse konsequent vorangetrieben werden. Dies bedeute, dass bei der künftigen Ausschreibung von Stromlieferverträgen das Kriterium erneuerbare Energien zu prüfen und aufzunehmen sei. Wenig Hoffnung mache der Energiebericht beim Problem des Wasserverbrauchs. Hier würden sich notwendige Investitionen offenbar nicht rechnen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmten dem Energiebericht selbstverständlich zu.

Ratsmitglied Freiermuth lobte Herrn Kasprzyk für die erfolgreiche Arbeit. Probleme sehe er bei Dämmungsmaßnahmen. Wenn man zu viel dämme, könnten auch Folgeschäden entstehen. Hier müsse man sehr genau abwägen. Das größte Einsparpotential sei das Verhalten des Einzelnen. Letztlich zeige der aktuelle Vorgang in Japan, dass es dringlicher denn je sei etwas zu tun. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.



Ratsmitglied Silbernagel schloss sich den bisherigen Ausführungen an. Er halte gerade die Aufklärungsarbeit für sehr wichtig. Dies werde sich letztendlich auszahlen. Auch die FDP-Stadtratsfraktion stimme dem Energiebericht zu.

Ratsmitglied Dr. Migl war erfreut, dass sehr viele Impulse gegeben worden seien. Ihr gefalle auch, dass auf einige neuralgische Punkte hingewiesen worden sei. Dies sei bisher zu kurz gekommen. Sie frage sich, ob dies was an Einsparpotential noch gesehen werde, noch mit einer Person zu bewältigen sei. Darüber müsse man sich vielleicht noch mal unterhalten. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Der Vorsitzende erinnerte daran, dass die Stadt ja dem Convent of Mayors beigetreten sei. Dafür müsse man in einer gewissen Zeit ein Klimakonzept vorlegen und es immer wieder überprüfen. Wenn man die gesteckten Ziele erreichen wolle, gehe es ans Eingemachte.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den in der Anlage beigefügten Energiebericht 2010 des Energiemanagers zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Modernisierung der städtischen Gebäude in der Cornichonstraße

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 10. Februar 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Dies habe auch mit der Landesgartenschau zu tun, denn die Cornichonstraße werde der Eingangsbereich der Landesgartenschau. Diese Maßnahmen seien die Umsetzung des Beschlusses über die städtebaulichen Maßnahmen zum Konversionsgebiet Estienne Foch. Insgesamt tätige man Investitionen von 3,8 Millionen Euro, was zur Aufwertung der Südstadt führen werde.

Ratsmitglied Schröer begrüßte die energetischen Maßnahmen der Sanierung und den vorbereitenden Anschluss an den Nahwärmeverbund. Positiv sei auch die Einbindung des Denkmalschutzes. Sie finde es auch gut, dass die Mieterhöhung nicht voll ausgenutzt werde. Eine Miete von 5,27 Euro je qm sei vertretbar, zumal sich die Einsparungen bei den Heizkosten gegen rechnen würden. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen werde der Sitzungsvorlage zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zustimme. Man begrüße es ausdrücklich, dass an dieser Schnittstelle zum Landesgartenschauengelände an städtischen Gebäuden kräftig investiert werde. Der SPD sei es wichtig, bei den Auftragsvergaben an die heimischen Handwerksbetriebe zu denken, sofern dies vergaberechtlich möglich sei.

Ratsmitglied Eichhorn fand es sehr erfreulich, dass die Mietausfallquote dort nur bei 3 % liege und dass sich die Miete auch nach der Modernisierung nur wenig erhöhen werde. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage ebenfalls zu.

Ratsmitglied Gauer stimmte für die FWG-Stadtratsfraktion der Beschlussvorlage ebenfalls zu. Das ganze sei eine runde Sache.

Ratsmitglied Silbernagel stellte fest, dass diese Modernisierungsmaßnahmen nur mit erheblichen überplanmäßigen Mitteln leistbar seien. Über den Haushalt sei dies nicht gedeckt, sondern sei ein immenser Aufwand für den GML-Haushalt. Eine Refinanzierung über Einnahmen sei ungeklärt und sehr fraglich. Die FDP-Stadtratsfraktion könne daher dieser Vorlage nicht zustimmen und werde sie daher ablehnen.

Ratsmitglied Dr. Migl machte deutlich, dass die UBFL natürlich für eine Modernisierung der städtischen Gebäude sei. Dies hier sei eine große Summe und daher auch ein sehr ehrgeiziges Projekt. Dennoch sei für die UBFL-Stadtratsfraktion eine Zustimmung unmöglich, da es zu einer Mieterhöhung kommen werde. Der neue Mietpreis von 5,27 Euro sei eine fast 50 %-ige Erhöhung. Hier bestehe massiv die Gefahr eines Mieterverdrängungswettbewerbs. Die UBFL könne sich als oberen Wert maximal einen Wert von 4,20 Euro je qm vorstellen. Sie könne hier durch die Einsparungen bei den Heizkosten auch nicht diese soziale Abfederung erkennen, die in der Sitzungsvorlage vorgerechnet werde. Für manche Familien sei dies schlicht nicht zu schultern. Die UBFL-Stadtratsfraktion lehne die Sitzungsvorlage ab.

Ratsmitglied Schwarzmüller war der Meinung, dass dies ein großes Problem für Hartz-IV-Empfänger sei. Diese bekämen ja die Heizkosten bezahlt und somit bei einem Mietpreis von 5,27 Euro eine Aufforderung, sich eine neue Wohnung zu suchen. Hier müsse es eine Lösung geben.

Bürgermeister Hirsch sicherte zu, dass es für diese Leute eine Lösung geben werde.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 37 Ja,- 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

dem in der Begründung dargestellten Verfahren zur Modernisierung der städtischen Wohngebäude in der Cornichonstraße zuzustimmen.



Die für die Außensanierung des Wohnblocks Haydnstraße 29/Cornichonstraße 45/Guldengewann 36 benötigten überplanmäßigen Mittel in Höhe von 221.000 EURO werden aus Eigenmitteln der Sparte Wohnhausbesitz beim Gebäudemanagement Landau zur Verfügung gestellt.

Der Beschluss steht in der weiteren Umsetzung für die noch ausstehenden Wohnblöcke unter dem Vorbehalt, dass diese Maßnahme aus Eigenmitteln der Sparte Wohnhausbesitz beim Gebäudemanagement, dies bedeutet ohne eine Kreditaufnahme, umgesetzt werden kann und die entsprechend benötigten Finanzmittel auch im Rahmen der jeweiligen Wirtschaftsplanberatungen zur Verfügung gestellt werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Erhöhung Stellen im Stellenplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, Abteilung Bauhof

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs vom 2. März 2011, sowie auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 3. Februar 2011 und der CDU-Stadtratsfraktion vom 2. März 2011, die alle dieser Niederschrift beigelegt sind. Er schlug vor die Anträge bei den Tagesordnungspunkten 14.1 und 14.2 zusammen mit dieser Vorlage zu beraten.

Bürgermeister Hirsch als zuständiger Dezernent erläuterte die Vorlage. Im Jahr 2005 habe man sich auf ein Zukunftskonzept für den städtischen Bauhof verständigt mit einem fest definierten Aufgabenstamm und einem entsprechend zugewiesenen Personalstamm. Dieses Konzept sei in den letzten Jahren immer wieder fortgeschrieben worden. Bedingt durch eine sehr hohe Beanspruchung im Winterdienst sei der Aufgabenstamm merklich angestiegen. Zum Abbau der aufgelaufenen Überstunden schlage man vor, zwei neue befristete Stellen für den Bauhof und eine befristete Stelle im Bereich Grünflächen zu schaffen. Die Sitzungsvorlage sei wirtschaftlich und effizient. Damit trage man auch der Fürsorgepflicht gegenüber den Beschäftigten im Bauhof Rechnung. Mit dem vorhandenen Personal seien die Überstunden nicht mehr abbaubar.

Ratsmitglied Dr. Kopf erinnerte daran, dass die SPD-Stadtratsfraktion dieses Thema angestoßen habe. Die Vorlage der Verwaltung könne man mittragen. Befristete Stellen seien personalwirtschaftlich sinnvoll und müssen auch geschaffen werden. Auch den CDU-Antrag könne man so mittragen. Manchmal könne es aber sinnvoll und vielleicht auch billiger sein, eine Aufgabe an einen privaten Dritten zu geben. Andererseits könne es aber andere Aufgaben geben, die die EWL mit neuen Stellen machen könnte. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Prokop erklärte, dass auch die CDU-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zustimmen werde. Die Stellen müssten jedoch vorrangig dem Abbau von aufgelaufenen Überstunden dienen. Der EWL-Vorstand sollte die Einführung sogenannter Lebensarbeitskonten prüfen. Mit dem Antrag, dass die Fachämter keine neuen Aufgaben an den Bauhof geben sollen, solle ein Automatismus verhindert werden. Vielmehr sollte in jedem Einzelfall geprüft werden. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Schröder teilte mit, dass auch die Fraktion Bündnis 90/DieGrünen der Sitzungsvorlage zustimmen werde. Es entspreche nicht den Vorstellungen der Grünen, dass zum Abbau von Überstunden Leiharbeiter und 1-Euro-Jobber eingesetzt würden. Die Leistungen des EWL würden dem eines mittelständischen Unternehmens entsprechen. In der Regel seien dies keine Großaufträge. Die Branche unterliege einem hohen Konkurrenz- und Preisdruck. Man sei verpflichtet, öffentliche Infrastruktur zu erhalten und zu sichern. Aus diesen Gründen werde man den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion ablehnen.

Ratsmitglied Volkhardt stimmte für die FWG-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage ebenfalls zu.

Ratsmitglied Silbernagel erklärte, dass auch die FDP-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde.

Ratsmitglied Dr. Migl bezeichnete die Erhöhung der Stellen im Stellenplan als sinnvoll für das Unternehmen. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme daher der Sitzungsvorlage auch zu. Es sei auch eine sozialpolitisch gute Maßnahme, weg von der Leiharbeit zu kommen. Dadurch könne man auch die Stresssituation bei den Beschäftigten abbauen. Schwerer tue man sich mit dem Antrag der CDU.

Bürgermeister Hirsch bedankte sich für die sich abzeichnende Zustimmung. Man habe den EWL bewusst in dieser Konstellation aufgestellt, damit er sich Marktgerecht und Wettbewerbsgerecht verhalte. Daher dürfe man nicht in den Automatismus verfallen, alle anfallenden Aufgaben an den



EWL zu geben. Sonst komme man in eine Situation, wie man sie 2005 hatte. Genau das wolle man nicht mehr.

Ratsmitglied Heuberger betonte, dass es der CDU darum gehe, bei dieser schlanken und effizienten Lösung zu bleiben. Es gehe um die Frage, Arbeitsspitzen fremd zu vergeben um nicht in zu große Überstundenbestände zu kommen.

Herr Eck erwiderte, dass dies ja jetzt schon teilweise gemacht werde wie beispielsweise bei der Müllabfuhr.

Der Vorsitzende unterstrich, dass die Leistungen und Aufgaben des EWL nicht ausgeweitet werden sollen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 1 Enthaltung:

Im Vorgriff auf den 1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan stimmt der Stadtrat zu, bei der Abteilung Bauhof des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau befristet auf zwei Jahre folgende Stellen neu zu schaffen:

- 1. Sparte Grünflächenpflege eine neue Stelle der Entgeltgruppe E 3 (Hilfskraft)**
- 2. Sparte Straßenunterhalt eine neue Stelle der Entgeltgruppe E5 (Fachkraft) und eine Stelle der Entgeltgruppe E3 (Hilfskraft).**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14.1. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Einstellung von bis zu drei Mitarbeitern beim Bauhof

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 3. Februar 2011, der dieser Niederschrift beigelegt ist. Die Beratung erfolgte zusammen mit Tagesordnungspunkt 14. Eine Abstimmung erfolgte nicht, die Intention des Antrages gehe in der beschlossenen Sitzungsvorlage der Verwaltung auf.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14.2. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Personalsituation im städtischen Bauhof

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 2. März 2011, der dieser Niederschrift beigelegt ist. Die Beratung erfolgte zusammen mit Tagesordnungspunkt 14. Eine Abstimmung erfolgte nicht, die Intention des Antrages gehe in der beschlossenen Sitzungsvorlage der Verwaltung auf.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Herstellung der Erschließung im ersten Entwicklungsabschnitt des Wohnparks am Ebenberg

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 4. Februar 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Ludwig sprach von einem formalrechtlich notwendigen Beschluss. Die SPD-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl fand es bedauerlich, dass kein bestandskräftiger Bebauungsplan vorgelegt worden sei. Daher müsse man nun dieses Konstrukt wählen. Hier sei aber immer noch der nördliche Teil der Südtangente enthalten, gegen den man schon seit Jahren sei. Für sie rechtfertigen 600.000 anvisierte Besucher einer Landesgartenschau nicht diese Millioneninvestition. Die UBFL-Stadtratsfraktion lehne daher diese Beschlussvorlage ab.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 39 Ja,- 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

Gemäß § 125 (2) BauGB werden die materiell rechtlichen Anforderungen nach § 1 (4-7) BauGB entsprechend dem in der Anlage 2 beigefügten Abwägungsvorschlag der Verwaltung abgewogen. Der Erläuterungsbericht ist Bestandteil des Beschlusses. Die Herstellung der Erschließungsanlagen im ersten Entwicklungsabschnitt ist damit vor Inkrafttreten des Bebauungsplanes C25 „Konversion Landau Süd/Landesgartenschau“ zulässig.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Informationen Landesgartenschau

Der Vorsitzende gab aktuelle Informationen zur Landesgartenschau.

Mit dem Innenministerium seien die Grundsatzfragen zur Finanzierung geklärt. Alle in der Konversion bis 2014 vorgesehenen und teilweise landesgartenschaubedingten vorgezogenen Maßnahmen würden mitgetragen und baubegleitend gefördert. Derzeit werde mit Hochdruck an der Entwurfsfassung des Bebauungsplanes C25 gearbeitet. Bezüglich der Park and Ride-Anlage Bahnhof sei der Förderantrag beim Wirtschaftsministerium eingereicht worden. Der Baubeginn sei im September 2011 geplant.

Für die Friedrich-Ebert-Straße, die Cornichonstraße und die Erschließung im Kasernengelände liefen derzeit die Ausschreibungen der Baumaßnahmen. Mit dem Beginn der Bauarbeiten sei im Mai und Juni 2011 zu rechnen.

Weitgehend abgeschlossen seien die Gebäudeabbrüche im Kasernengelände.

Spatenstich für das Gebäude 012 sei am 9. März 2011 gewesen, die Bauarbeiten im Gebäude hätten begonnen. Die Projektteilung habe vier Ingenieurbüros mit Vorentwürfen für die Fußgänger- und Radfahrerbrücke über die Bahnlinie beauftragt. Auf der Grundlage dieser Vorentwürfe sei dann noch vor der Sommerpause eine abschließende Entscheidung über den Bau der Brücke zu treffen.

Die Erschließungsstraße am ehemaligen Güterbahnhof zum Wohnpark Am Ebenberg trage das Land vollumfänglich mit.

Für den Kauf des Kohlelagers sei nun mit der BImA Einigung erzielt worden. Der Kaufpreis für die 10 Hektar betrage 275.000 Euro und liege rund 100.000 Euro unter dem im Haushalt veranschlagten Ansatz.

Abgeschlossen sei der Landschaftsarchitektenwettbewerb. Als Ergebnis hätten Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung die Beauftragung der Arbeitsgemeinschaft A24 Landschaft und Swillus Architekten aus Berlin beschlossen. Ziel sei ein Baubeginn der LGS-Maßnahmen im Sommer 2011 und die Pflanzung der Großgehölze in der Vegetationsruhe 2011 auf 2012. Ebenfalls abgeschlossen sei der Logo-Wettbewerb, hier habe die Preisverleihung am 7. Februar stattgefunden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende wies auf die Gedenkveranstaltung zum 66. Jahrestag der Bombardierung Landaus am 16. März 2011 auf dem Rathausplatz hin. Man wolle damit auch ein Zeichen gegen Rechts setzen. Er gab weitere Informationen zu den Landtagswahlen am 27. März 2011 und teilte mit, dass bisher ca. 3.500 Wahlberechtigte Briefwahl gemacht hätten.

Weiter informierte er, dass der Kaufvertrag „Parkhaus Am Großmarkt“ zwischenzeitlich beurkundet sei.

Genehmigt durch die ADD sei auch der Haushalt 2011.

Zur Kritik von Herrn Becker am Job-Center in der Einwohnerfragestunde der letzten Stadtratssitzung stellte er fest, dass die Vorwürfe komplett haltlos seien. Die längeren Bearbeitungszeiten seien alleine in der Verantwortung von Herrn Becker zu suchen.

Ratsmitglied Brunner sprach die Beleuchtung des Obertorplatzes an. Sie habe den Eindruck, dass dies nicht die Beleuchtung sei, die vorgesehen war.

Herr Bernhard entgegnete, dass die öffentliche Beleuchtung genau so umgesetzt worden sei, wie es beschlossen war. Was noch fehle, sei die private Beleuchtung am französischen Tor.

Ratsmitglied Dr. Migl erkundigte sich nach dem Sachstand zum geplanten Studentenwohnheim im Quartier Vauban.

Der Vorsitzende teilte mit, dass der Vorgang noch nicht gremienreif sei. Man befinde sich derzeit in Abstimmungsgesprächen. Grundsätzlich sei nach dem Bebauungsplan dort ein Studentenwohnheim möglich. Er würde dies städtebaulich für einen Riesengewinn halten.

Ratsmitglied Schröer bat um eine Einschätzung, wie sich die verkehrliche Situation in der Weißenburger Straße bei Errichtung eines Studentenwohnheimes darstellen würde.

Der Vorsitzende erläuterte hierzu.



Die Niederschrift über die 17. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 15.03.2011 umfasst 26 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 233.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser
Beigeordnete